

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Dr. Friz Klauber in Dresden.

Nr. 204

Dresden, Mittwoch, 2. September

1925

Gleve von den belgischen Besatzungstruppen geräumt.

Gleve, 1. September.
Als erste Stadt der nördlichen seit 1918 besetzten Rheinlandzone ist die Stadt Gleve von den belgischen Besatzungstruppen geräumt worden. Die Gleve wurde heute der Stadtverwaltung übergeben. Es verblieb eine unsichtbare Besatzung, bestehend aus einem Delegierten und einigen Gendarmen, am Ort.

Die Reparationszahlungen der Reichsbahn.

Berlin, 1. September.
Die der Generalagent für Reparationszahlungen mittelst, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft am 31. August die am 1. September 1925 noch fälligen Zinsen ihrer Reparations-Obligationen gezahlt. Damit sind die von Deutschland im ersten, am 1. September v. J. begonnenen Geschäftsjahr des Sachverständigenplanes zu leistenden Zahlungen vollständig bewirkt. Diese Zahlungen belaufen sich auf insgesamt 1 Milliarde Goldmark, wovon 800 Millionen dem Ertrage der im Herbst v. J. aufgelegten deutschen Auslandsanleihe entnommen wurden. Die restlichen 200 Millionen wurden von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als Zinszahlungen für die auf Grund des Sachverständigenplanes in Reparationszwecken abgegebenen Obligationen in Höhe von 11 Milliarden Goldmark geleistet. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat am 28. Februar d. J. ihre erste Rate in Höhe von 100 Millionen Goldmark geleistet. Auf Grund eines Abkommens zwischen dem Generalagenten für Reparationszahlungen und der Reichsbahn-Gesellschaft, wonach zum Zwecke einer reibungslosen Abwicklung der Reparationsleistungen Teilzahlungen vor Fälligkeit gegen Vergütung eines Zinszuschusses von jährlich sechs Prozent angesetzt werden können, wurden von der Reichsbahn am 1. September fälligen Rate bereits im Monat August Vorauszahlungen geleistet. Durch die am 31. August bewirkte Zahlung von 60 Millionen Goldmark ist somit auch die zweite Rate mit 100 Millionen Goldmark vollständig eingegangen.

Die Daweszahlungen an Amerika.

New York, 1. September.
Die „Journal of Commerce“ vom Schopamt erzählt, haben die Vereinigten Staaten in dem nunmehr abgelaufenen ersten Geschäftsjahr des Dawesplanes über 18 Millionen Dollar zur Abzahlung erhalten. Die Abzahlung der amerikanischen Besatzungssoldaten in Höhe von 245 Millionen Dollar wurden 14725164 Dollar geleistet. Dem Transfer-Komitee wurden, wie das Schopamt mittelst, etwa 3 1/2 Millionen zur Bedeckung der privaten amerikanischen Forderungen überreicht. In amtlichen Kreisen wird das Abstreifen des Dawesplanes günstig beurteilt. Man hegt die Erwartung, daß es mit Hilfe des Dawesplanes gelingen wird, der französischen Schwereindustrie Europas im wesentlichen Herr zu werden.

Deutsche Sachlieferungen für Belgien.

Paris, 1. September.
Die „Journal“ aus Brüssel meldet, wird der Finanzminister einen Kundentag an alle Großindustriellen und Handelsvereinigungen richten, in dem er auf ihre Mitarbeit bei der Förderung der Belieferung von Sachlieferungen in Deutschland auf Reparationskonto einzugehen wird.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und Arbeitsgerichtsgeheimverfall.

Berlin, 1. September.
Nach einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Regierungen der Länder empfiehlt es sich, im Hinblick auf die Verletzung des Arbeitsgerichtsgeheimverfalls die Wahl der Richter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte schon wegen der damit verbundenen erheblichen Kosten

Die Eröffnung der Londoner Juristenkonferenz.

Der französisch-englische Vorkentwurf als Verhandlungsgrundlage.

London, 1. September.
Die erste formale Sitzung der juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens hat heute vormittag im Foreign Office begonnen. Wie der amtliche britische Funkdienst meldet, wird wahrscheinlich, falls die anderen Sachverständigen damit einverstanden sind, den Verhandlungen der Vorkentwurf zugrunde gelegt, den die juristischen Sachverständigen des französischen und des britischen Außenministeriums Fromageot und Sir Cecil Hurst gelegentlich der kürzlichen Zusammenkunft zwischen Irland und Chamberlain verfaßt hatten.

London, 2. September.
Die „Times“ berichten: Die Zusammenkünfte zwischen den Juristen seien vollkommen unformell. Die Delegierten seien technische Beamte. Es könnten natürlich keinerlei Verpflichtungen von ihnen eingegangen werden, die ihre Regierungen binden würden. Es werde jedoch gehofft, daß zahlreiche technische Schwierigkeiten geregelt werden würden. Einer der Hauptzwecke der Zusammenkünfte sei den deutschen Delegierten Dr. Gauß insdane zu zeigen, sich über alle Erörterungen zu unterrichten, die bereits zwischen der britischen und der französischen Regierung gepflogen wurden. Es würde bestritten sein, von einem Vertragsentwurf zu sprechen.

Die Teilnahme Italiens.

London, 2. September.
Die „Times“ berichten aus Rom: Die Teilnahme eines italienischen Vertreters an der juristischen Konferenz in London werde von allen Seiten in Rom sehr begrüßt. Die italienische Regierung habe von Anfang an ihre Absicht kundgegeben, aktiven Anteil an den Verhandlungen zu nehmen, wenn die

möglichst zu vermeiden. Als geeigneter Weg wird eine Verlängerung der Amtsdauer der Richter durch entsprechende Statutenänderung empfohlen.

Die Aufhebung des Uniformverbots.

Berlin, 1. September.
Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung folgende Verordnung vom 26. August 1925 erlassen:
§ 1. Die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend das Verbot des Tragens der Militäruniform vom 30. August 1921 (Reichsgesetzblatt 1921 Seite 12 und 51) wird hiermit aufgehoben.
§ 2. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Gez. Reichspräsident v. Hindenburg.
Reichsweheminister Dr. Gessler.
26. August 1925.

Dr. Ekener über die Probleme der Luftschiffahrt.

Leipzig, 1. September.
Auf Einladung des Rates der Stadt Leipzig, der Handelskammer und des Reichsanwalts sprach heute mittag Dr. Ekener im überfüllten Hofpavillon über das Thema „Weltwirtschaft und Luftschiffahrt“. Er führte u. a. aus, es sei ihm nicht leicht geworden, mit seinem Appell vor die Öffentlichkeit zu treten. Trotz verschiedener Überstände habe er sich aber doch zu seinem Schritt entschlossen, weil einmal Friedrichshafen am Ende seiner finanziellen Mittel sei und weil weiter unser fehlender Reichtum ersetzt werden müsse durch einen besonders starken und ausgeprägten Willen, unsere geistigen und technischen Kräfte, durch die wir allein wieder hochkommen können, zu erhalten. Dr. Ekener nahm dann Gelegenheit, eine Reihe

Einwände der französischen Regierung gegen die Anwesenheit eines italienischen Vertreters in London nicht rechtzeitig erhoben worden wären, so daß es nicht möglich wäre, in London zur Zeit einzutreffen, um an allen Zusammenkünften, außer der einleitenden Besprechung, teilzunehmen. Es werde zweifellos eine Verständigung hervorgerufen werden. So wie die Lage augenblicklich sei, wäre die äußerst wohlwollende Haltung der italienischen Regierung gegenüber dem Sicherheitspakt fortzubauern. Der Berichterstatter erwähnte, daß Mussolini beabsichtige, persönlich anwesend zu sein, wenn eine Ministerkonferenz zur Behandlung der Vorschläge für einen Pakt abgehalten würde. Es werde im allgemeinen gehofft, daß ein zentralgelegener Ort für diese Konferenz gefunden werden wird, um es Mussolini zu gestatten, daran teilzunehmen, ohne sich von Rom für längere Zeit zu entfernen. Ferner werde gehofft, daß kein weiterer Einwand gegen die volle Beteiligung Italiens erhoben werde.

Rheinlandfrage und Sicherheitsverhandlungen.

Berlin, 1. September.
Wie wir von diplomatischer Seite hören, hat sich Reichsaussenminister Dr. Stresemann nunmehr über die Frage der etwaigen Beteiligung an einer Besprechung der Außenminister Englands, Frankreichs und Belgiens geäußert und seinen Standpunkt dahin formuliert, daß er nicht die Absicht habe, allein an einer solchen Besprechung teilzunehmen, die von Seiten der Entente als bindend angesehen würde. Eine Zusammenkunft der Außenminister der am Sicherheitspakt beteiligten Staaten könnte nach deutscher Auffassung lediglich inoffizielle Charakter tragen. — Wie verlautet, hat die Reichsregierung zu dem am 2. September in Genf beginnenden Tagung des Völkerbundes Geheimrat v. Bülow vom Auswärtigen Amt als Beobachter entsandt.

von Fragen, die im Zusammenhange mit dem Bau eines neuen Luftschiffes an ihn gerichtet wurden, zu klären. Auf die Frage, wie er zu Amundsen sehe, erwiderte Dr. Ekener, als er in Amerika mit Amundsen zusammengetroffen sei und als er ihn nach seinem Zuge willkommen hieß, da habe er von der angeblichen Feindschaft Amundsens nicht gewußt. Erst später sei davon zu hören gewesen. Im übrigen nehme er keinen Anstand, zu sagen, daß es ihm unvordemäßig zu sein schiene, immer noch zu fragen, wie in der Zeit der Kriegsjahre der eher jener Ausländer über Deutschland gesprochen habe. Wenn man das tue, dann sei der Anfang einer Zusammenarbeit mit den anderen Völkern nicht möglich. Endlich sei die Frage aufgeworfen worden, was mit dem gesammelten Gesteine geschehe, wenn die Vorkonferenz — wie er nicht glaube — den Bau eines Luftschiffes ablehnen sollte. Dazu habe er zu sagen, daß nicht allein ein Polarluftschiff gebaut werden soll, sondern daß das Werk erhalten werden soll, bis einmal eine günstige politische Lage kommt. Gleichzeitig soll aber der Beweis erbracht werden für die Verwendbarkeit des Luftschiffes für den großen Verkehr über den Ozean.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen erörterte Dr. Ekener die Probleme, die der kommende Weltluftschiffverkehr zu lösen habe und die vor allem die Frage der Landungsmöglichkeit und die der Rentabilität umfassen. Der Redner schloß: Es ist eine Frage allererster Bedeutung für Deutschland, mit einem deutschen Schiff und einer deutschen Mannschaft das heiß umstrittene Polarproblem lösen zu können. Die moralischen Erörterungen, die mit einer solchen Tat gemacht werden können, sind nicht zu unterschätzen. Mit dem Namen Zeppelin verbindet das deutsche Volk seit dem Tage von Schiedingen gewisse Gefühlsmomente. Ich habe die Überzeugung, daß das deutsche Volk in dieser Frage nicht versagen wird.

Reichstagsabgeordneter Spahn

Berlin, 1. September.
Nach einer Meldung der „Germania“ aus Bad Wildungen ist dort der Reichstagsabgeordnete Dr. Peter Spahn im 80. Lebensjahre gestorben.

Spahn wurde als Sohn einfacher Eltern am 22. Mai 1846 in Winkel am Rhein geboren. Der Bildungsgang war der übliche der Juristen. Er besuchte das Gymnasium zu Qadarmar, studierte von 1866 bis 1869 in Würzburg, Tübingen, Berlin und Marburg die Rechte, war 1869 Auditor in Wiesbaden, 1873 Assessor. Marienburg, wo er als Kreisrichter amtierte, war die Station vor Berlin, wo er zwei Jahre als Kammergerichtsrat fungierte. Dann folgten sieben Jahre als Oberlandesgerichtspräsident in Breslau, und von dort kam Spahn in gleicher Stellung nach Kiel und Frankfurt a. M. Im Jahre 1917 erfolgte die Ernennung zum preussischen Justizminister. Aber daneben ließ bereits seit langem eine ausgedehnte parlamentarische Tätigkeit. Im Jahre 1882 wurde er Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, 1884 trat er in den Reichstag ein. Zunächst als Vertreter des Wahlkreises Braunsberg-Heilsberg, seit 1890 den Wahlkreis Bonn. Seine Stellung innerhalb der Partei verschaffte ihm diesen Wahlkreis, in dem der Sieg des Zentrums fast sicher war. Die ersten parlamentarischen Schritte Spahns waren noch von Unklarheit selbst geleitet worden, und nach diesem Tode hat man Spahn denken, zusammen mit Hertling und Groeber das Erbe des Westens zu erhalten und zu wahren. Auch die Würden, die der Reichstag zu vergeben hat, wurden Spahn zuteil. Er wurde Vizepräsident und nach dem Januarwahlen von 1912 Präsident. Seit 1912, nachdem Herr v. Hertling das bayerische Ministerpräsidenten übernommen hatte, war er Fraktionsvorsitzender.

Laut „Germania“ tritt als Nachfolger des verstorbenen Zentrumabgeordneten Peter Spahn der Geschäftsführer der deutschen Wanderversand, Studienprofessor Dr. Krohn, in den Reichstag ein. — Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat aus seinem Ferienaufenthalt an den Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Martin Spahn, den Sohn des verstorbenen Staatsministers Peter Spahn, nach Bad Wildungen ein Beileidstelegramm geschickt. — Der Reichspräsident hat dem Sohne des Entschlafenen telegraphisch seine Teilnahme ausgesprochen.

Katholische Arbeiter für Dr. Wirth.

Düsseldorf, 1. September.
In einer Versammlung des Bezirksausschusses der katholischen Arbeitervereine von Düsseldorf Stadt und Land wurde nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ einstimmig eine Entschliessung gefaßt, in der es heißt: Wir bedauern die Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums, die einen so aufrechten, hochgeachteten Politiker wie Dr. Wirth den unternommenen Schritt vorwiegend erscheinen ließ. Wir haben für das Vorgehen Wirths volles Verständnis, weil wir alle der Überzeugung sind, daß die Fraktion namentlich in ihrer Führung in den letzten Monaten den Aufgaben der Stunde nicht gerecht geworden ist. Wir erwarten, daß der Schritt Wirths von allen Parteiführern als Appell zur Besinnung und Umkehr gewertet wird. Wir sind der festen Überzeugung, daß Dr. Wirth durch diesen Schritt die Partei danach behüten wolle, daß sie nachher zwar mit Führen, aber ohne Wähler besteht. Wirth ist ein Symbol des begeisterten republikanischen und sozialen Geistes in der Zentrumspartei. Die Entschliessung fordert endlich die Wiedereinsetzung eines außerordentlichen Reichsparteitag zur Klärung der Angelegenheit.

Der Geschäftsbericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Berlin, 1. September.
Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes für das Geschäftsjahr 1924/25 an den Parteitag zu Heidelberg gibt einen Überblick über die Organisation und Agitation der Partei. Der Bericht meldet, daß das innere Gefüge der Parteiorganisation sich von dem unter dem Druck der Nation vorgenommenen inneren Abbau wieder voll und ganz erholt habe und die alte Stärke und Spannkraft wieder besitze. Für die beiden Reichstagswahlen seien in der Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März